

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

Versprochen – gehalten!

Mietpreisbremse kommt. Entlastung der Mieter auch bei Maklerkosten



Vielleicht erinnert sich der eine und die andere noch daran, dass im letzten Wahlkampf zu meinen wichtigsten Themen die steigenden Mieten gehörten. Und dass ich versprochen habe, mich für die Mietpreisbremse einzusetzen. Ich jedenfalls habe dieses Versprechen nicht vergessen. Nun haben wir von der SPD uns durchgesetzt: Der Deutsche Bundestag hat die so genannte Mietpreisbremse beschlossen!

Die Mietpreisbremse wird dazu beitragen, dass Mieten auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben. Teilweise gibt es heute bei uns Mietsteigerungen von 30 bis 40 Prozent. Das ist nicht akzep-

tabel. Natürlich hat diese Entwicklung bislang vor allem die Innenstadtbezirke betroffen. Doch mit Verzögerung kommen die Mietpreissteigerungen auch bei uns an – die Menschen spüren das ja schon länger.

Ein weiterer großer Erfolg für die SPD-Fraktion ist dabei das künftige Bestellerprinzip bei den Maklergebühren: Wer bestellt, der bezahlt. Die Maklercourtage bezahlt künftig derjenige, in dessen Interesse das Maklerbüro tätig wird. Das ist in der Regel der Vermieter und nicht der Mieter.

Gelten sollen die neuen Regelungen ab 1. Juni. Schneller geht es nicht, weil der Bundesrat noch zustimmen muss – was aber kein Problem darstellen sollte. Im Kern wird die Mietpreisbremse so funktionieren: Wenn eine Wohnung neu vermietet wird, darf die neue Miete maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen. Was das heißt, ist im Mietspiegel nachzulesen.

Ich wurde schon gefragt, ob man das nicht noch schärfer hätte formulieren können, vielleicht sogar mit sinkenden Mieten. Das wäre aber grundgesetzwidrig gewesen. Außerdem mussten wir mit der CDU/CSU einen Kompromiss finden - das war schwierig genug. Darum sind auch einige Regelungen mit im Gesetz, die nicht unsere Idee waren: Die Bremse gilt nicht, wenn neu gebaute Wohnungen erstmals vermietet werden und auch nicht bei der ersten Vermietung nach einer Rundum-Sanierung. Diese Ausnahmen sollen die Finanzierung neuer Wohnungen attraktiv halten.

Wir werden nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt mit der Mietpreisbremse lösen können. Aber ein Baustein ist es auf jeden Fall. Jetzt müssen wir mehr neue bezahlbare Wohnungen schaffen!





Liebe Leserinnen und Leser,

die Große Koalition ist erkennbar in eine schwierige Phase gekommen. Im letzten Jahr sind mehrere Vorhaben umgesetzt worden, die der SPD besonders wichtig waren. Und das neue Jahr beginnt wie das alte endete: Es stehen vor allem SPD-Projekte auf der Tagesordnung: Mietpreisbremse, Frauenquote, Regulierung Leiharbeit...der Ärger bei der CDU/CSU wird immer größer.

Doch statt eigene Akzente zu setzen (außer PKW-Maut...) fangen sie an zu kritteln und zu blockieren. Es rächt sich, dass die fast nichts anderes in petto haben als Merkel und die schwarze Null. Andererseits: Es reicht ja – mindestens für die Umfragen. Kaum zu glauben, aber es ist so. Die CDU ist ohne die Bundeskanzlerin nicht viel Wert, und wenn man sich die Länder anschaut, wird die Merkel-CDU eine „Dame ohne Unterleib“. Was aber bedeutet das für die SPD, die in den Umfragen bei 25 Prozent wie eingemauert wirkt?

Bleibt nicht viel mehr als weitermachen, sich inhaltlich vom Koalitionspartner nicht die Butter vom Brot nehmen lassen und von Frau Merkel nicht einlullen lassen, sondern klare Kante zeigen wo es nötig ist. Die Mietpreisbremse ist ein weiterer guter Erfolg neben den vielen Projekten, die wir auf den Weg gebracht haben. Den müssen wir aber auch gut nach außen darstellen. Für Fragen und Gespräche stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen

Swen Schulz, MdB

Besucht mich auch auf meiner Internetseite unter www.swen-schulz.de oder wir treffen uns bei www.facebook.com/swenschulz.

Historischer Meilenstein

Frauenquote in Aufsichtsräten beschlossen.

Schluss mit „gläsernen Decken“! Mit diesem Schlachtruf sind Frauen aller Fraktionen in eine wahrlich harte politische Schlacht gezogen. Und vor allem wir und unsere Ministerin Manuela Schwesig haben nun einen großen Erfolg erzielt: Am 6. März hat der Bundestag das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ beschlossen. Es soll den Anteil von Frauen in Führungspositionen signifikant verbessern und ist eine wichtige Maßnahme für mehr Chancengleichheit in der Arbeitswelt. Die Geschlechterquote wird einen kulturellen Wandel in der Gesellschaft anstoßen.

Frauen sind heutzutage so qualifiziert wie nie zuvor, und dennoch schaffen nur sehr wenige den Karrieresprung in Führungspositionen großer Unternehmen. Schon seit Jahren ist klar: Allein mit freiwilligen Selbstverpflichtungen wird es in männerdominierten Führungsetagen nur im Schneckentempo gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern geben. Darum haben wir durchgesetzt, den Anteil weiblicher Führungskräfte in Deutschland zu erhöhen und zu diesem Zweck Geschlechterquoten in Unternehmen gesetzlich einzuführen. Ab sofort wird die Wirtschaft zur konsequenten Frauenförderung verpflichtet, und auch der öffentliche Dienst wird noch stärker als bisher mit gutem Beispiel voran gehen.

Das Gesetz zur Quote kann aber nur ein Baustein von vielen sein, denn Gleichstellung bezieht sich auf alle Lebensbereiche und nicht nur auf Karrierewünsche. Die Kombination von Familie, Freizeit und existenzsichernder Erwerbsarbeit muss für alle möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. Deshalb wollen wir mehr: ein starkes Gesetz zur Entgeltgleichheit, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von noch immer 22 Prozent zu bekämpfen, eine Familienarbeitszeit sowie den Ausbau von Ganztags-Kitas und -Schulen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.





Mehr Geld für Nahverkehr!

Nach Beratungen im Haushaltsausschuss haben wir die Regionalisierungsmittel, die der Bund für Busse und Bahnen zur Verfügung stellt, um 110 Millionen Euro erhöht. Berlin bekommt davon rund sechs Millionen Euro zusätzlich ab. Das

ist immerhin etwas, aber letztlich nur eine Zwischenlösung. Denn wir müssen das Nahverkehrsangebot deutlich verbessern. Das wird nun im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen über deren Finanzbeziehungen verhandelt.

Keine Billigjobs für Paketboten der Post!

Ich habe in der SPD-Bundestagsfraktion die Initiative ergriffen, um zu erreichen, dass sich die Bundesregierung in die Entscheidung über Billigjobs bei der Post einmischte. Nachdem Pläne des Vorstandes öffentlich wurden, in Tochtergesellschaften Paketboten zu deutlich schlechteren Bedingungen als für die Stammebelegschaft üblich zu beschäftigen, hatte ich die Bundesregierung gefragt, ob sie das Thema im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG ansprechen und wie sie sich dazu verhalten wird. Die Antwort des Bundesfinanzministeriums ist aber nicht befriedigend. Denn das will sich mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Vorstandes raushalten. So einfach darf es sich die Bundesregierung aber nicht machen. Ich werde gemeinsam mit weiteren SPD-Abgeordneten nachhaken.



245 Millionen Euro für Berlin

Bis zum Jahr 2018 werden Berlin voraussichtlich rund 245 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Die bereits geplante kommunale Entlastung kommt früher und steigt bereits 2017 auf 2,5 Milliarden Euro. Zusätzlich wird ein Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für die Jahre 2015 bis 2018 geschaffen. Der Anteil Berlins an diesen zusätzlichen Milliarden in Höhe von etwa 245 Millionen Euro wird sehr helfen, etwa Straßen, Schulen, Wohnungen zu sanieren oder neu zu bauen.

Berlin dürfte zudem auch die Chance auf weitere Investitionen bekommen, die von den Bundesministerien veranlasst werden: Über die kommunale Entlastung hinaus wird der Verkehrsetat um über 4 Milliarden Euro erhöht, über eine Milliarde Euro sind mehr für den Aktionsplan Energieeffizienz vorgesehen, die nationalen Projekte des Städtebaus werden ausgeweitet, es wird Modellvorhaben zum nachhaltigen Wohnen und energetische Sanierungen sowie weitere Investitionsprogramme geben. Berlin dürfte davon eine ordentliche Scheibe abschneiden können.

Wohnungen sollen an Berlin verkauft werden

Es hat nicht mehr geklappt: Die öffentlich diskutierten Wohnungen des Bundes in Schöneberg werden voraussichtlich an private Erben verkauft. Wir hatten im Haushaltsausschuss erreicht, dass diese Wohnungen Berlin zu einem niedrigeren Preis angeboten werden als die Erben geboten hatten. Es hat trotzdem nicht geklappt. Dafür gibt es aber die Chance auf einen wirklich großen Erfolg: Alle verbliebenen über 4.500 Wohnungen des Bundes sollen an Berlin verkauft werden. Wenn das klappt, haben wir wirklich viel erreicht!



Bundemittel vor Ort nutzen

Eine meiner Aufgaben als Bundestagsabgeordneter ist zu schauen, welche Haushaltsmittel zur Förderung von Projekten es gibt und mich dafür einzusetzen, dass auch wir hier vor Ort davon profitieren. Und tatsächlich habe ich in den letzten Wochen ein paar gute Nachrichten gehabt: Die Heerstraße Nord profitiert massiv von der Ausweitung der sozialen Städtebauförderung, die wir im Haushaltsausschuss beschlossen haben. Alleine in diesem Jahr stehen über sieben Millionen Euro zur Verfügung, die in die Carlo-Schmid-Oberschule und das Jugendzentrum Räcknitzer Steig investiert werden.

Spandau bekommt darüber hinaus den Zuschlag für „BIWAQ – Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier“. Bis zu zwei Millionen Euro werden in den nächsten Jahren für junge Erwachsene, die keinen Ausbildungsabschluss haben, fließen. Gleich acht Spandauer Schulen profitieren vom Programm zur Berufseinstiegsbegleitung: Die Wolfgang-Borchert, die Bertolt-Brecht, die Schule am Staakener Kleeblatt, die Carlo-Schmid, die Schule an der Haveldüne, die Schule an der Jungfernheide, die B.-Traven und die Heinrich-Böll.



Dann hat der Bezirk die Chance auf Mittel aus dem Programm „Jugend stärken im Quartier“, wo es um Jugendliche geht, die die Schule schwänzen.

Darüber hinaus haben wir im Haushaltsausschuss zusätzliches Geld für ein Bau- und Sanierungsprogramm zugunsten des Technischen Hilfswerkes (THW) beschlossen: Am Standort an der Neuendorfer Straße werden dringend nötige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Das sind „nur“ die Förderprogramme, die in letzter Zeit auf der Tagesordnung standen. Natürlich wird es in den nächsten Monaten und Jahren darum gehen, weitere Maßnahmen zu ergreifen, etwa für günstigen Wohnraum oder für die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Nicht alles Wünschenswerte werde ich durchsetzen können – aber ich bleibe am Ball und versuche die eine oder andere weitere gute Nachricht für Spandau verkünden zu können.

Termine

The logo of the Social Democratic Party (SPD) of Germany, consisting of the letters 'SPD' in white on a red square background.

Donnerstag, den 16.04.2015, 15.00-18.00 Uhr,

„Bürgersprechstunde“ im Bürgerbüro Spandau, Anmeldung unter Tel.: 36 75 70 90.

Mittwoch, den 29.04.2015, 19.00 Uhr,

„Kleingarten-Konferenz“ mit Swen Schulz und Daniel Buchholz.

Infos und Anmeldung unter Tel.: 36 75 70 90.

Mittwoch, den 13.05.2015, 16.00-18.00 Uhr,

„Bürgersprechstunde“ im Kiezbüro Taurogener Str. 45.

Anmeldung unter Tel.: 22 77 01 87.

Dienstag, den 19.05.2015, 19.30 Uhr,

„Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und Berlin“, Fraktion vor Ort u.a. mit Swen Schulz, Christina Kampmann und Raed Saleh. Infos und Anmeldung unter Tel.: 22 77 01 87.

Weitere Termine u.a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.